

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 6 40. Jg.

11. Febr. 1927

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:
Hans Rossner, Berlin N 24, Eisasserstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schöneberg-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsges. Schkeuditz.]

Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1927.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März 1927 durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des AfA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die

Bestellung des Wahlvorstandes

vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, die im Laufe des Jahres 1926 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. § 42 und 43 BRG. Betriebsvertretungen, die erst im Jahre 1927 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1926 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß § 61, 62 BRG. (bei Behörden, bei der Reichsbahn, im Baugewerbe usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiter- und Angestelltenbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl

sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419/20) und die Richtlinien des AfA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe herstellen zu lassen. Die Materialien dazu hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.).

Das ganze Jahr 1926 war für die Gewerkschaften und damit auch für die Betriebsräte sehr bewegt. Die Auseinandersetzungen über Rationalisierung, Technisierung und Typisierung, die große Arbeitslosigkeit, das Überstundenunwesen und die Absicht der Unternehmer, das Arbeitsrecht und das Sozialrecht abzubauen,

haben die Kräfte der Gewerkschaften vollkommen in Anspruch genommen. Das Jahr 1927 hat diese Probleme übernommen. Es gilt vor allen Dingen, die Auswüchse der Rationalisierung zu beseitigen und zu verhindern, daß die Arbeiter und die Angestellten dabei die Leidtragenden sind. Vielmehr muß die Rationalisierung als Fortschritt der Menschheit auch der Arbeiterklasse zugute kommen.

Die Arbeitslosigkeit ist zu beseitigen, was u. a. auch dadurch bis zu einem gewissen Grade erreicht werden muß, daß der Achtstundentag gesetzlich wiederhergestellt wird. Auch hierbei werden die Betriebsräte wertvolle Hilfe leisten müssen.

Große Aufgaben stehen infolgedessen den Betriebsräten bevor. Es ist daher

Pflicht jeder Belegschaft,

die eine Betriebsvertretung wählen kann, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß auch von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird. Die Gewerkschaften bemühen sich ununterbrochen, die Position der Betriebsräte zu sichern. Durch das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 ist mit Wirkung vom 1. Juli 1927 auch für die Betriebsvertretungen eine volle Einheitlichkeit der Rechtsstellen geschaffen worden, so daß also nicht wie bisher die Betriebsräte notwendig haben, sich an die unterschiedlichsten Rechtsstellen wenden zu müssen. Außerdem sind auch durch das Arbeitsgerichtsgesetz für die Betriebsräte selbst größere Sicherheiten geschaffen worden. Gegen Entscheidungen der Arbeitsgerichte auf Amtsenthebung von Betriebsräten bzw. Zustimmung zur Entlassung von Betriebsräten gibt es nach Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes die Rechtsbeschwerde mit aufschiebender Wirkung an das Landesarbeitsgericht. Die Gewerkschaften haben auch dem Reichstage Anträge eingereicht, um die objektive Durchführung des BRG. mehr als bisher zu sichern. Das BRG. soll so geändert werden, daß auch die Belegschaften den Wahlvorstand bestellen können und daß der Wahlvorstand, die Kandidaten zu den Neuwahlen, die ausscheidenden Betriebsräte und die amtierenden Betriebsräte selbst vor Maßregelungen geschützt sind.

Um alle diese wichtigen Aufgaben durchzuführen und zu erfüllen, ist es notwendig,

die Reihen der Gewerkschaften soviel wie möglich zu stärken.

Auch hierbei haben die Betriebsräte mitzuwirken, sie müssen als Funktionäre der Gewerkschaften dafür eintreten, daß alle Arbeiter und alle Angestellten Gewerkschaftsmitglieder sind.

Nummehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen!

Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein.

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund
(ADGB.)

Allgemeiner freier Angestelltenbund
(AfA-Bund)

Wirtschaftliche Rundschau.

Liest man aufmerksam den Wirtschaftsteil unserer Tageszeitungen, so findet man dann und wann kurze Berichte über die Tätigkeit des vom Reichstag eingesetzten volkswirtschaftlichen Untersuchungsausschusses, kurz Enquete-Ausschuß genannt. Seit mehr denn 6 Monaten versucht er durch Nachfrage und Augenschein dem Parlament eine objektive Einsicht in die Interessensphäre aller Wirtschaftskreise zu geben. Abgesehen von dem riesigen Arbeitsgebiet, was dieser Ausschuß samt Unterausschüssen zu bewältigen gedankt und den nur empfehlenden Folgen solcher wirtschaftlichen Ausschüsse, kann man doch nicht umhin, den wissenschaftlichen und damit erzieherischen Erfolg an der deutschen Wirtschaft anzuerkennen. Nun hat vor kurzer Zeit einer dieser Ausschüsse, der Sozialpolitische Unterausschuß der Enquetekommission, verschiedene Werke des Bergbaues besichtigt und gedenkt demnächst die Beschäftigungen von Werken der Eisen-, Maschinen- und Textilindustrie folgen zu lassen, um sich an Ort und Stelle über die Einwirkungen von Lohn- und Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung zu vergewissern. Die schon erlangten Ergebnisse bei den einzelnen Werken werden nun leider nicht bekanntgegeben, so daß man, um das Interesse der Allgemeinheit an den schwierigen Untersuchungen wachzuhalten, sich in Vermutungen ergoht kann oder man muß sich an die Probleme heranzumachen, sie mit verwandten verbinden oder danach forschen, ob schon einmal in der Wirtschaftsgeschichte ähnliche Erscheinungen vorkamen und wie sie gelöst wurden.

Tatsächlich ist das Problem Arbeiter (Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsmarkt) und Maschine (Rationalisierung, Typisierung, Normierung, Mechanisierung) keine Erscheinung der neuesten Zeit. Schon im Zeitalter des Merkantilismus haben sich manche ökonomischen Schriftsteller dieser Frage zugewandt. Doch erst im achtzehnten Jahrhundert begann die Maschine größere Bedeutung für Arbeitsmarkt und Lohn zu bekommen, so daß aus dieser Zeit und der folgenden tiefergehende Betrachtungen datieren. Eine Gruppe von Anschauungen hat einen ungünstigen Einfluß der Maschine auf die wirtschaftliche Lage des Arbeiters angenommen, eine andere hat diese ungünstigen Wirkungen nicht nur verneint, sondern in der Einführung maschineller Arbeitsweisen sogar eine wichtige Voraussetzung zur Hebung der Lage der Arbeiterschaft erblickt. Zwischen diesen Extremen gibt es dann noch eine Reihe vermittelnder Meinungen. Aber zur vollen Bedeutung gelangte dieses Problem zuerst in England. Durch die sich überstürzenden technischen Fortschritte in diesem Lande wurde die verzweifelte Lage der Arbeiterschaft ein Gegenstand ersten Nachdenkens. Besonders die großen Regierungsquellen aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten genügend Licht verbreitet, so daß besonders zwei Ansichten hervortraten. Die eine erblickte in der Ersetzung der Handarbeit durch Maschinenarbeit etwas für die Arbeiter Nachteiliges, während andere Anhänger der sogenannten Kompensationstheorie waren und die entgegengesetzte Auffassung vertraten. Der wesentliche Inhalt dieser Lehre bestand darin, daß zwar die Maschine dort, wo sie eingeführt wurde, unmittelbar Arbeiter brotlos mache, daß aber, in der Gesamtheit einer Volkswirtschaft betrachtet, durch die Neueinstellung von Arbeitern, welche auf die Schaffung und Einführung von Maschinen zurückzuführen sei, eine vollkommene Kompensation für diese, zunächst arbeitslos gewordenen stattfände. Wie kompliziert damals schon diese Zusammenhänge lagen, ergibt sich rein äußerlich schon dadurch, daß Ricardo, seinerzeit der bedeutendste englische Nationalökonom, seine Auffassung in dieser Frage gewechselt hat. Gehörte er früher zu den Optimisten, die die Einführung der Maschine für den Arbeiter als vorteilhaft erklärten, so war seine endgültige Meinung später die, daß zwar die Einführung von Maschinen, d. h. die Mehrverwendung von Kapital, das Reinkommen der Gesellschaft steigern könne, daß aber das Gleiche nicht mit dem Reinkommen der Gesellschaft der Fall zu sein braucht. Wohl nähme damit das stehende Kapital zu, aber umlaufendes Kapital könne mit der Einführung von Maschinen in stehendes verwandelt werden, womit die Quelle sich vermindere, aus der allein Löhne gezahlt, also Arbeitsgelegenheit geschaffen werden könne. Mit dieser Auffassung, daß mit der Einführung der Maschinen eine Wandlung im Größenverhältnis von stehendem und umlaufendem Kapital eintreten könne und daß dadurch die Lage der Arbeiter ungünstig beeinflusst werde, hat Ricardo einen Gedanken ausgesprochen, auf dem dann später Karl Marx in seiner Lehre von dem Verhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital weitergebaut und ihn dann zu seiner Lehre von der industriellen Reservearmee ausgebaut hat (I. Bd. 25. Kap.). Hier vertritt Marx im Zusammenhang mit seiner Lehre vom Mehrwert die Ansicht, daß der Arbeiter vom Kapitalisten in Form des Lohnes weniger vergütet bekomme, als dem Wert seiner ge-

leisteten Arbeit entspräche, daß also Profit und Kapitalzins allein aus der von den Arbeitern geleisteten Arbeit stamme. Nach der Lehre von Marx zerfällt nun das Kapital in zwei Teile, konstantes (stehendes, Anlagekapital) und variables (Betriebsmittel). Das letztere ist das für Lohnzwecke verwendete, das erstere das für alles Übrige angelegte Kapital (Produktionsmittel). Mit der Einführung und Zunahme immer neuerer Maschinen wächst nun das konstante Kapital schneller als das variable, und zwar auf Kosten dessen. Je mehr aber das letztere abnimmt, denn aus ihm allein werden die Arbeiter bezahlt, umso weniger kann das vorhandene und das sich neu bildende Kapital den Arbeitern Arbeitsgelegenheit bieten. Damit muß sich im Verhältnis zum gesamten Kapital die Zahl der beschäftigten Arbeiter dauernd verringern. So muß eine wachsende Zahl von Arbeitslosen entstehen, eine relative Übervölkerung, die sogenannte industrielle Reservearmee. Unter dem Gesichtspunkte betrachtet muß also die Vermehrung und Verbesserung der Maschinen ungünstig auf die Lage der Arbeiterschaft wirken. Gerade diese Zusammenhänge zwischen Arbeiter und Maschine hat Marx in seinem Kapital sehr eingehend untersucht, Darlegungen, die im Folgenden aus Raumgründen nicht wiedergegeben werden können.

Gegenüber diesen, mehr pessimistischen Auffassungen, gab es auch natürlich optimistische. Solche, die ganz uneingeschränkt den Unternehmerstandpunkt vertraten und überhaupt keine Nachteile des Maschinensystems erkennen wollten. Zu derselben Richtung, wenn auch nicht in so krasser Form, gehören die Vertreter der klassischen Nationalökonomie. Diese Männer vertreten trotz aller Abweichungen im einzelnen die erwähnte Kompensationstheorie. Zwar werden immer wieder durch neue, bessere Maschinen Arbeiter aus ihren alten Stellungen gedrängt, aber die Einführung besserer Maschinen und Arbeitsmethoden führt zu einer Verbilligung der Waren. Dadurch entwickelt sich aber neue und vermehrte Kaufkraft in der Bevölkerung, wodurch wieder neue Produktionsmöglichkeiten entstehen, die ihrerseits wieder eine erneute und stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften hervorrufen und damit den ungünstigen Einfluß der Maschine für die Lage der Arbeiterschaft mindestens ausgleichen. Von dieser optimistischen Auffassung der klassischen Nationalökonomie gehen wir nun aus. Sie ist nämlich nur insofern richtig, als einer Ausweitung der Produktion eine verstärkte Nachfrage gegenüber stehen muß. Diese Nachfrage soll durch Verbilligung der Waren (Lohnkostensparende Maschinen) erzeugt werden. Wie stark muß nun die Verbilligung sein, um die Nachfrage potenziell innerhalb einer Volkswirtschaft zu vermehren und welche Einflüsse können noch die Nachfrage steigern?

Wenn eine Nation, infolge Machtstellung, einen großen Markt hat, der allen ihren Erzeugnissen einen schnellen und vorteilhaften Abfluß sichert, wird jede dieser produktionsvermehrenden Erfindungen zu einer Wohltat, weil sie, weit entfernt davon, die Zahl der Arbeiter zu vermindern, die Menge der Arbeit und ihrer Erzeugnisse vermehrt. Ein Volk, das zu diesen Erfindungen den ersten Anstoß gegeben hat, breitet seit langer Zeit seinen Markt erfolgreich im Verhältnis zu der Zahl der Hände aus, die jede neue Erfindung frei werden läßt. Es verwendet sie sofort für eine Vermehrung der Erzeugnisse, die seine Erfindung ihm billiger zu liefern gestattet (Amerika). Da nun die Welt in unseren heutigen Tagen einen einzigen Markt bildet, so ist die Nachfrage des gesamten Marktes eine ganz bestimmte Menge, die die verschiedenen Industrievölker sich gegenseitig streitig machen. Liefert eines mehr, so geschieht dies zum Schaden eines anderen. Der Gesamtabsatz kann nur durch die Fortschritte des allgemeinen Wohlstandes vergrößert werden oder dadurch, daß Annehmlichkeiten, die früher den Reichen vorbehalten waren, nunmehr auch den Armen zugänglich gemacht werden. Dieser letzte Satz, Steigerung der Nachfrage durch Verbesserung der Lebenslage jedes einzelnen, heißt für unsere Volkswirtschaft angewandt: Umsatzsteigerung durch Lohnerhöhung. Wie hoch muß der Lohn steigen, um das zu erreichen? Beide Fragen: Um wieviel muß ich die Waren verbilligen, um eine wachsende Nachfrage zu erzielen und wie hoch muß ich den Lohn steigern, um damit den Umsatz zu fördern, sind eigentlich eine. Denn es geht immer auf eine Verstärkung der Kaufkraft hinaus, weil im ersten Falle stabile Löhne und im letzten stabile Warenpreise vorausgesetzt sind. Es handelt sich also nur noch um das Maß der Kaufkraftsteigerung. Dazu sagen wir, daß es möglich sein muß, die Kaufkraft in dem Maße zu steigern durch die benannten Mittel, als durch die kostensparende moderne Betriebsführung sich die Waren billiger herstellen lassen. Voraussetzung ist eben wieder steigende Nachfrage, und damit ist der Kreis geschlossen. Das bedingt für die Einzelunternehmung, daß sie zwar auf eine bestimmte Zeit auf ihre hohe Gewinnquote verzichten muß, daß aber der mit der Zeit steigende Umsatz ihr denselben, viel-

leicht noch höheren Gewinn abwirft. Außerdem verbraucht sie mehr Betriebsmittel. Ist nun die deutsche Industrie in der Lage, sagen wir durch das Mittel der Lohnerhöhung, diesen Weg zu beschreiten? Das bedarf naturgemäß einer ernsthaften Überlegung in bezug auf die geldtechnische Seite dieses Vorschlages, da im Augenblick einer Lohnerhöhung genug flüssige Mittel in der Wirtschaft vorhanden sein müssen. Die Übersicht über den Geldmarkt, die das Konjunktur-Forschungs-Institut in seinem letzten Vierteljahrsheft gibt, scheint zu einer günstigen Beurteilung dieser Frage zu ermutigen. Die Reserven und die Kassenhaltung der Erwerbswirtschaft, nämlich in der Form kurzfristiger Anlagen bei Sparkassen und Banken, sind in letzter Zeit erheblich gewachsen und absolut betrachtet, als durchaus flüssig anzusehen. Damit ist auf eine Erschließung der Kraftquellen des Binnenmarktes hingewiesen; kraftverständig wird der Gedanke an den Auslandsabsatz durchaus nicht vernachlässigt. Doch hat dieser Vorschlag, wie jeder, eine Schattenseite.

Wir sagten eingangs, daß die moderne Betriebsführung das Bestreben hat, die teure menschliche Arbeit durch maschinelle zu ersetzen. Dieses Bestreben wird sich vergrößern, je teurer die menschliche Arbeit wird. Es wird also ein Teil der Arbeiterschaft schwer verdienen, d. h. auf sich die Gesamtkaufkraft eines Volkes vereinigen, während der andere Teil die industrielle Reservearmee bildet, d. h. außerhalb der Produktion steht. Wir wollen von der psychologischen Wirkung dieser Weltordnung auf jeden Teil absehen und nur Realitäten abwägen. Wir wollen auch nicht andere Gesellschaftsformen predigen, dann die gewaltig gestiegenen Volkszahlen können auf dem immer gleichbleibenden Boden nicht anders ernährt werden, außerdem drückt uns Amerika dieses Wirtschaftssystem auf. Sondern wir können nur versuchen, den zweiten Teil möglichst klein zu halten. Aus diesem Grunde ist die Auswanderung in großem Maßstabe ein notwendiger Bestandteil jedes Planes für den Neuaufbau der Gesellschaft unseres Landes. Weiter sind unter diesem Gesichtspunkte sämtliche Arbeitsbeschaffungsprogramme, die für Dauerarbeit sorgen, gutzuheißen. Eine langsame Verkürzung der Arbeitszeit muß durchgeführt werden. Einmal soll das berüchtigte freiwillige Überstundenschieben aufhören, denn damit wird anderen Arbeitsgenossen Arbeitsgelegenheit weggenommen, zum anderen soll der Achtstundentag wieder Normalarbeitstag werden. Besonders bei dem kaufmännischen Personal. Denn bei zwölfstündiger Arbeitszeit ersetzen zwei Personen die dritte. Wohl sind wir uns bewußt, daß durch die letzte Art der Entlastung des Arbeitsmarktes eine Lohnerhöhung zum Teil kompensiert würde, aber es ist immer zu bedenken, daß bei der Höhe der Kulturstufe unseres Volkes so viel wie möglich in der Produktion stehen sollten, um eben einen schnelleren Fortschritt vor den anderen Völkern zu erringen, der doch nur uns zugute käme. Weiter ist dem Kapitel Frauenarbeit erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und zum Schluß muß die Arbeiterschaft erkennen lernen, daß das Wohl ihrer Klasse nicht in ihrer Vermehrung liegt. Erka.

Wirtschaftsentwicklung.

Das kapitalistische Possenspiel im Glossenstil.

Von Ad. Bium.

Die Führer, die die Wirtschaft „führen“ (ich will nicht sagen regulieren) wenden alle Mühe auf (in ihrer Art natürlich, 's ist possierlich), die Wirtschaft zu setzen wieder in Lauf: Durch systematisieren, rationalisieren, nationalisieren und internationalisieren. Vieles wird geplant, beraten in Referaten, angebahnt mit „Taten“; es wird auch statuiert, dekretiert und kommandiert in allen Graden.

Das liebste Ziel und Gesellschaftsspiel ist die Provokation wegen dem Lohn. Wir sollen (ob wir wollen?) uns mit der Hälfte begnügen, es könnte genügen (wir müssen lügen); als obs uns nicht schon jetzt gebreicht: also nicht!!!) Das Weiteren gibt man kund: der Arbeitstag sei 15 Stunden; nur der Faule vergrabe sein Pfund (den Fleißigen bringts auf den Hund). Man sei's der deutschen Wirtschaft schuldig und drum trage mans geduldig.

Daß du dich nicht in Träumen wiegst o Arbeitsmann; denn wenn du 40 Jahr gedücht, du gelind aufs Pflaster fliegst, und sodann kommen jüngere Kräfte dran. Die sind zwar bolder „rationalisiert“, doch werden früher älter und dann auch hinausbugsiert. Die Zeit ist keineswegs human, vielmehr die Wirtschaft ein Tyrann; sie folgt keinem Sentiment, sie bezahlt ja nur die Hand.

Wie wärs erst, wenn der Widerstand, die Abwehrkraft der Gewerkschaft kurzerhand würd abgeschafft, und — was das Unternehmertum hegt — die Sozialpolitik hinweggefegt. Daß mit höherer Gewalt, die Wirtschaft sich entfalt, daß

man die Arbeitslosenunterstützung überwände, mit Überstürzung sie im Orkus verschwände, Krankenversicherung und Invaliden davon nicht unterscheiden. Hallo, wie ständ die Wirtschaft im Zenit — achso, will sagen der Profit!

Drum wirtschaftsfriedlich ist die Losung, den Gelben gilt die Liebkosung. „As du die Erbsen ißt, as du den Kümmel kriegst“. So dein Verhalten wohlgefällig, unterstützst man dich mit Geld; man unterhält dich auch mit Sport (weils flink macht beim Akkord), und unterrichtet dich nach Plan von fachkenntnisreichem Lehrersmann. Das bringt ins Handwerk wieder Poesie, „s wird wieder gemüthlich, täglich, stündlich und minütlich“ — schade, daß dies alles Theorie!

Allerwege nimmt man auch das Nationale in Pflege. Denn der nationale Geist verheißt eine gute Erziehung — in letzter Beziehung (das ist kein Hirngespinnst) sicherlich Gewinnst; wenn auch vorerst noch in kleineren Raten, jedenfalls ist er kein Schaden. Es liegen weite Felder im System der Schmiergelder. Reichster Segen strömt auch von wegen der Vereins- und Verbandszuschüsse, kurz: es ergeben sich die annehmbarsten Schlüsse für allerhand Hoffen durch ein Handoffen.

Auch von den weiten Fernen der Internationalen, den universalen Weltkonzernen, dem Trust gar und Syndikaten, so stark, rollen die Mark, Dollar und Dukaten. International-tributpflichtig werden alle Verbraucher in die Magen der Großbauer: Eklatant seiff ein das Vaterland. Der Deutsche, Brit' und Franzemann, sie haben einen Talisman. Der Russe, Pol' und Türkerich, sind allesamt Profitierich; sie reden lauter Flausen, nach innen und nach außen. Und bringt der Friede nichts mehr ein: schlagt, Völker euch die Schädel ein: wenn die Kanonen brüllen, wir unsere Säckel füllen.

Wenn solchermaßen die Rational-, National- und Internationalisierung in höchsten Maßen ist erreicht, ist es leicht, den letzten Rest Moral zu verdächtigen und uns des übrigen zu bemächtigen. Um Parlamente wird dann nicht mehr gerauft: die öffentliche Meinung wird von uns gekauft. Mittels dieser wird es gelingen, unsre letzte Idee zu vollbringen; nämlich Diktator der Gesamtwirtschaft zu werden, d. h. so viel als Alleinherr auf Erden. Es wäre doch zu dumm, wenn das neue Evangelium nicht wär: unser Übermenschentum. Punktum!

Anmerkung des sozialistischen Setzers (keines Hetzers): Meine Herren, mich freut Eure — wenn auch abstruse und etwas konfuse — Planarbeit; doch auch wir werden unsere Arbeit tun und nicht eher ruhn, bis das Werk ist gekrönt: im Sozialismus verschönt!

Rußlands polygraphische Industrie

beginnt sich allmählich nach einer zehnjährigen Periode schlimmster Zerrüttung zu erholen. Als die Revolution des Jahres 1917 die zaristischen Hazardspieler des Weltkrieges vom Schauplatze der Ereignisse hinwegfegte, stand besonders das polygraphische Gewerbe wie vor einem Hause mit eingeschlagenen Fenstern. Es fehlte an jeglichem Betriebsmaterial, an Rohstoffen, an fachgebildetem Personal, an Maschinen und Werkzeugen. Was im Lande selbst noch aufzutreiben war, war herzlich wenig, und Deutschland, das unbestritten als der größte Lieferant der russischen Polygraphie in der Vorkriegszeit figurierte, konnte aus Mangel an Rohstoffen selbst nichts liefern, zumal noch die russische Währung nicht die mindeste Sicherheit für den Abschluß eines Geschäftes bieten konnte. Von der tristen Not des Gewerbes, die sich während des hin und her wogenden Bürgerkrieges zusehends noch verschärfte, zeugten das äußere Antlitz der wenigen Zeitungen und gelegentlicher Druckerzeugnisse. Dem berufsfröhlichen Fachmann war es ein trauriger Anblick.

Diese technische Not ist heutigentags zu einem guten Teil vorbei. Natürlich sind noch viele Mängel vorhanden, die erst im Laufe der kommenden Jahre beseitigt werden können. Darüber, sowie über die Art der einzufuldenden Reformen beriet die von 276 Delegierten besuchte sechste Generalversammlung des Industrieverbandes für das polygraphische Gewerbe, die Anfang Dezember in Moskau stattfand. Aus den Referaten und Diskussionen ist für die Kollegen folgendes von Interesse:

Der Verband, dem schon fast alle in Buch- und Steindruckereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen angehören, zählte am 1. Juli 1926 insgesamt 111 676 Mitglieder. Das ist gegen den letzten Verbandstag von 1924 ein Mehr von 25 906. Es ist nicht zu bestreiten, daß wohl die meisten Mitglieder nur Zwangsmitglieder sind, weil sie sonst keine Beschäftigung finden würden. Von allen Gewerkschaften hat der polygraphische Verband prozentual die höchste Arbeitslosenziffer: 16 Prozent, in Leningrad sogar 40 und in Moskau 25 Prozent. Diese Ziffer ist im Steigen begriffen, denn während im 1. Halbjahr 1926 10 000 Arbeitslose gezählt wurden, waren

es im 2. Halbjahr schon 19 000. Für diese Erscheinung werden verschiedene Ursachen angegeben: fehlerhafte Kalkulation, Übertuerung und schlechte Beschaffenheit der Produkte, bürokratische Maßnahmen, planlose Verwaltung usw. Einige Delegierte warfen den Wirtschaftseleitern Unfähigkeit und fachliche Stümperei vor, aus welchem Grunde sich die Industrie gegenwärtig in einem geradezu chaotischen Zustande befände; sie sei wie ein Schiff ohne Steuer und Lotsen. Jeder wolle befehlen. Was der eine anordne, werfe der andere über den Haufen. Es müsse endlich genau urrissen werden, wer und welche Instanz zu entscheiden habe. Trotz dem sich der letzte Verbandstag gegen die Akkordarbeit ausgesprochen habe, werde dieselbe immer mehr eingeführt. Das sei das schlechteste Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Auch arte der Protektionismus, die Vetterwirtschaft immer mehr aus. Wer sich anzubiedern verstehe, erhalte Arbeit auch ohne Vermittlung der Arbeitsbörse, des amtlichen Arbeitsnachweises. — Die vorgebrachten Beschwerden sollen möglichst abgestellt und die Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeit gemildert werden. Etwa ein Viertel der eingehenden Beiträge wird der Arbeitslosenkasse zugewiesen, außerdem sind die beschäftigten Mitglieder gehalten, 1 Prozent ihres Lohnes den Arbeitslosen zu opfern. Ferner wird die Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 9 Monate hinaufgesetzt.

Die Löhne sind im Laufe der letzten zwei Jahre um 13,1 Prozent gestiegen. Im März 1926 betragen sie im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft 82 Rubel monatlich. In den Buchdruckereien z. B. verdienen 42 Prozent der Arbeiter (Spezialarbeiter) über 140 Rubel, 52 Prozent darunter. Ungelernte Arbeiter erhalten zu 50 Prozent, ungelernete Arbeiterinnen zu 85 Prozent unter 50 Rubel monatlich. Die Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Berufsgruppen sind zum Teil ganz bedeutend. Das erhellt aus folgenden Zahlen, wenn man den Lohn eines ungelerneten Arbeiters gleich 100 setzt:

Ungelernte Arbeiter	100,0
Ungelernte Arbeiterinnen	81,8
Handsetzer	163,5
Handsetzerinnen	136,2
Drucker	176,3
Maschinensetzer	257,9

Gegen solche Differenzierung der Entlohnung protestierten einzelne Diskussionsredner und verlangten einen gerechteren Ausgleich, der auch in nächster Zeit eintreten soll, doch soll auch gleichzeitig der Akkordarbeit mehr Spielraum gelassen werden. Eine Vertreterin der Setzerinnen verlangte Gleichberechtigung in der Lohnfrage gegenüber ihren männlichen Kollegen, da von ihnen dieselbe Leistung verlangt und auch geliefert werde. Trotzdem entlohne man sie um zwei bis drei Lohnstufen niedriger.

Die wirtschaftliche Lage der polygraphischen Industrie gestaltete sich folgendermaßen: Die tägliche Auflage der Zeitungen überschreitet 7 Millionen Exemplare. Somit hat sich die Zahl der Abonnenten gegenüber der Vorkriegszeit um 120 Prozent gehoben. Die Gewerkschaftspressen verzeichnen 25 Verbandsorgane in einer Auflage von 911 275 und 89 Zeitschriften in einer Auflage von 799 550 Exemplaren. Das Buchgewerbe hatte im Geschäftsjahre 1925-26 einen Umsatz von rund 150 Millionen Rubel. Die Bucherzeugung umfaßt 1 035 551 Druckseiten gegen 769 634 im Vorjahre; gegen die Friedenszeit beträgt die Steigerung 35,7 Prozent. Die Buchproduktion macht gegenwärtig eine schwere Krise durch, was allgemein der schlechten Absatzorganisation und der minderwertigen Verarbeitung des Buches zugeschrieben wird. Deswegen sind große Mengen unverkäuflich geblieben. Die auf Lager genommenen Vorräte erreichten im letzten Juli einen Wert von 34 Millionen Rubel. Besonders die gewerkschaftliche Literatur ist von dem schlechten Absatz betroffen. Die Einnahmen aus Anzeigen und Reklamen sind ganz bedeutend zurückgegangen, nämlich von 20 auf 5 Millionen. Schuld daran soll das den amtlichen Verwaltungen auferlegte Sparprogramm sein. Die für Neuanschaffungen staatlich bewilligten 2 312 000 Rubel sind restlos verbraucht worden und konnten nur zum Teil die Bedürfnisse begleichen.

Um die polygraphische Industrie mehr zu beleben, sollen folgende Reformen durchgeführt werden: Alle polygraphischen Unternehmen werden reorganisiert und auf eine entwicklungs-fähige Basis zugeschnitten. Die Betriebsleitungen werden technisch und wirtschaftlich vereinfacht und von bürokratischen Hemmungen befreit. Mit der Lieferung von Neuanschaffungen werden, falls der Bedarf im Inland nicht gedeckt werden kann, ausländische Firmen beauftragt. Der polygraphische Trust wird in eine Aktiengesellschaft umgestaltet, die das Gewerbe rationalisieren und reorganisieren soll. Ein Buchsyndikat wird mit Reg. lung des Absatzes, mit Verbilligung und Verschönerung des Buches betraut. Betriebskonferenzen regeln den Betriebs-gang unter Berücksichtigung der Vorschläge und Wünsche seitens der Belegschaft. Vergünstigungen

sollen die Arbeiter zur Arbeitsfreude anspornen. Das Sparprogramm wird durch eine besondere Kommission überwacht. Die bis jetzt vernachlässigte berufliche Ausbildung soll allgemeine Förderung erfahren durch berufliche Lehranstalten und Fachklassen, durch Kurse für Buch und Zeitung, Entwurf, Zeichnen, Reklame, Kalkulation, Berichterstattung, Korrektur usw.

Vorstehende Mittel und Wege sollen der polygraphischen Industrie Antrieb und Kraft zur Entwicklung verleihen. V. K.

Retuscheure und Arbeitskontrolle!

Wenn ich als Maschinenretuscheur die beiden Artikel über die Nichtberechtigung der Einführung der Arbeitskontrollzettel in der „Gr. Pr.“ lese, drängt sich mir das bittere Gefühl des Zweifels auf, ob die Sparte der Positivretuscheure auch zu den Chemigraphen gehört oder innerhalb unserer Gewerkschaft nur als notwendiges Übel betrachtet wird, das man stillschweigend zur Beitragszahlung duldet. Leider haben viele Retuscheurkollegen selbst mit die Schuld daran, daß wir im obigen Sinne nicht nur von den organisierten Kollegen, sondern ganz besonders von den Unternehmern so behandelt werden. Die Arbeitskontrolle besteht ja bei den Positivretuscheuren schon immer, da bekanntermaßen die Retuschen nach der berechneten und gebrauchten Zeit dem Kunden in Rechnung gesetzt werden. Doch ist jetzt dieses Kontrollsystem von manchen Unternehmern zu einem direkten schikanösen System der Bedrückung der Kollegen zum Zweck immer schärferer gegenseitigen Preisunterbietens der Retuschen ausgebaut worden. So sollen z. B. in München in einer großen Anstalt die mit Namen versehenen Kontrollzettel täglich auf die Minute genau ausgefüllt werden. Als die Sache von den Kollegen abgeschlagen wurde, wurde der langjährige Abteilungsleiter vom Unternehmer hierfür verantwortlich gemacht und nach 28-jähriger Dienstzeit in dieser Firma seines Postens entbunden. Infolge des ruhigen Geschäftsganges wird von den Abteilungsleitern vieler Firmen selbst unterkalkuliert, nur um Aufträge zu erhalten, aber auch das Kontorpersonal drückt auf Veranlassung der Kunden und Unternehmer auf die Preise. Hilfreiche Hand leisten dabei die Heimretuscheure. Dieselben springen bei jeder Verlegenheit einer Firma mit jedem Schutzpreis ein. Es gibt Fälle, daß Firmen die eigene Abteilung gerade zur Not bei äußerster Ausnützung beschäftigen, auch kurzarbeitend lassen, dabei aber Arbeiten außer Haus geben. Alles dies nur, um den wirklichen Beschäftigungsgrad zu verschleiern und die Kollegenschaft einzuschüchtern. Trotzdem gibt es noch organisierte Kollegen, die Arbeiten mit nach Hause nehmen oder gar hinterherum pfuschen. Hier kann nur Selbsthilfe Änderung bringen! Retuscheure berätet euch, greift zur Tat und werft jeden Eigendünkel und Egoismus über Bord. Tariflich ist es nicht erlaubt, daß Unternehmer Arbeiten an nichttarifreue Anstalten und Heimarbeiter vergeben. Fordert darüber genau so, wie die Herren uns kontrollieren, die Gegenkontrolle, und wo ein Verstoß eines Unternehmers, wie auch eines rüdtigen Kollegen vorliegt, greift zu. Verweigert die Korrekturen solcher Arbeiten, auch Überstunden, wenn bei Notfällen nicht organisierte Privatretuscheure beschäftigt werden. Bekämpft die unfürliche Lehrlingseinstellung und erzieht die jungen Menschen in unserem Sinne. Wirkt auf die Kollegenschaft in diesem Sinne ein und treibt sie zur Aktivität. Es ist Zeit, höchste Zeit!

Scharfmacherei in der Tapetenindustrie.

Der für das deutsche Formstechergewerbe neu abgeschlossene Reichstarif ist, wie bisher immer, unter voller Übereinstimmung der Vertragsparteien zur Verbindlichkeitserklärung bei der Reichsarbeitsverwaltung eingereicht worden. Im Gegensatz zu früher ist diesmal gegen diese Verbindlichkeitserklärung Einspruch erhoben worden. Und zwar von den Tapetenfabrikanten! Man fragte sich unwillkürlich: Warum dieser Einspruch? Sind doch die Tapetenfabrikanten an diesem Tarif so gut wie gar nicht beteiligt. Nur im § 1 des Tarifes „Geltungsbereich des Vertrages“, wird bestimmt, daß der Vertrag auch für die als Fabrikstecher beschäftigten Zeichner, Holz- und Messingstecher sowie für deren Hilfsarbeiter gilt. Da nur sehr wenige Gehilfen als Fabrikstecher beschäftigt sind und diese Bestimmung bisher immer unbeanstandet blieb, war die Frage ganz natürlich: Was geht da vor?

Die Lösung dieses Rätsels liegt nicht all zu sehr abseits. Nach Meinung der Tapetenindustriellen machen die Schwierigkeiten der Zeit und die der Tapetenbranche durch ihre drohenden wirtschaftlichen Gefahren einen stärkeren

und schärferen Zusammenschluß zum Zwangsgebot. Das Jahr 1927 werde auch für die Tapetenbranche Entscheidungen bringen, die zwangsläufig aus der Entwicklung der Dinge geboren seien. Deshalb müsse man sich auf diese Dinge einstellen. Die am 14. Januar in Berlin tagende **Hauptversammlung des Tapeten-Fabrikanten-Vereins E. V., Sitz Berlin**, hat diesen Ansichten auch Rechnung getragen. Diese Hauptversammlung hat einstimmig beschlossen, „**einen schärferen Zusammenschluß der Fabrikantenschaft auf der Basis nachdrücklicher Vertretung der in Betracht kommenden gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen durchzuführen.**“ Diese straffere Zusammenfassung der dem Verein angehörenden Fabriken soll die Möglichkeit bieten, mehr noch als bisher die wirtschaftliche Organisation der Unternehmer zu verstärken und zu vertiefen, die Stoßkraft des Vereins als Interessenvertretung der Branche zu erhöhen und die geordnete und ersprießliche Zusammenarbeit der Fabriken im Rahmen des Vereins zu erhöhen. Deshalb wurde auch mit dem Iven-Konzern eine Einigung gesucht und gefunden und Herr Iven (Iven-Konzern) und Herr Heiman (Tapetenfabrik Coswig) neu in den Vorstand gewählt.

Diese Beschlüsse der Hauptversammlung der Tapetenindustriellen lassen zwei Deutungen zu. Entweder ist es darauf abgesehen, den betrieblichen Zusammenschluß zum Konzern zu fördern oder aber es ist eine Kampfansage an die Arbeiterschaft der Tapetenindustrie. Letzteres hat die größte Wahrscheinlichkeit für sich. Denn zur Vertrustung der deutschen Industrie wird die Ansicht der Tapetenindustriellen folgendermaßen gekennzeichnet: „**Generell darf gesagt werden, daß man innerhalb der Tapetenindustrie den wirtschaftlichen Konzentrationsmethoden ohne sonderliche Sympathie und auch mit wenig Vertrauen gegenübersteht. Man betrachtet sie als eine Art unnatürlicher Zusammenballung von Interessen, deren Parallelität nicht ohne weiteres erkennbar ist, und es herrscht die Annahme vor, daß dieser Form wirtschaftlich überführter Vertrustung keine all zu lange Dauer im Gefüge des deutschen Wirtschaftslebens beschieden sein wird.**“ Bleibt also in der Hauptsache nur der Kampf gegen die Arbeiter übrig. Der Einspruch der Tapetenindustriellen gegen die Erklärung der Rechtsverbindlichkeit des Formstechertarifes darf demnach als der erste Ausfluß des „schärferen Zusammenschlusses der Fabrikantenschaft auf der Basis nachdrücklicher Vertretung der in Betracht kommenden gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen“ zu betrachten sein. Weiteres wird nicht all zu lange auf sich warten lassen!

Warum wir zu diesen Dingen Stellung nehmen? Weil sie den Formstecherkollegen wieder einmal deutlicher als notwendig zeigen, daß nur der feste Zusammenschluß im Verband, gepaart mit Disziplin und Solidarität ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Interessen mit Aussicht auf Erfolg zu vertreten. Nur die Einigkeit und Geschlossenheit macht stark! Dafür liefert die Geschichte des Verbandes doch die besten Beweise.

Internationale Kampfreue.

Kampf in Spanien.

Das Sekretariat des Internationalen Bundes der Lithographen teilt mit, daß infolge eines in der Firma „Rivandeneira“ ausgebrochenen Konfliktes das ganze Personal, das aus 24 Kollegen besteht, **ausgesperrt** ist. Die spanische Bruderorganisation ersucht deshalb die Kollegen aller Länder, jeden Zuzug von der Firma „Rivandeneira“ bis zur Beendigung des Konfliktes fern zu halten. Die spanischen Kollegen sind der bestimmten Zuversicht, daß sie den ihnen von der Firmenleitung „Rivandeneira“ aufgezwungenen Kampf gewinnen werden, wenn ihnen die organisierte Kollegenschaft Solidarität erweist. — Es bedarf wohl nur dieser Mitteilung an die deutsche Kollegenschaft, den spanischen Kollegen deutsche Solidarität und Unterstützung in ihrem Abwehrkampf zu sichern. Die Kollegen der spanischen Firma „Rivandeneira“ sind ausgesperrt! Das heißt Sperre der Firma für jeden Zuzug von Arbeitskräften. Wer diese verhängte Sperre unbeachtet läßt, verliert das Recht, weiterhin der Kollegengemeinschaft anzugehören.

Bewegung in Danzig.

Nach Redaktionsschluß ging folgendes Telegramm ein: „**In Blechdruckerei Danzig tarifliche Streitigkeiten ausgebrochen. Zuzug ist unbedingt fernzuhalten.**“

Wir erwarten von den Kollegen, daß sie diese Mitteilung beachten und wie gewünscht handeln.

Rundschau.

Extrabeiträge im Buchdruckerverband.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erläßt folgende Bekanntmachung:

Der Vorstandsvorstand hat zu der durch den vom Zentralschlichtungsamt gefällten Schiedsspruch geschaffenen Lage Stellung genommen und aus den in der Kundgebung an die gesamte Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe in Nr. 7 des „Korr.“ dargelegten Gründen beschlossen, vom 30. Januar d. J. bis auf weiteres einen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche zu erheben.

Diese Extrabeiträge sind von allen vollbeschäftigten Mitgliedern zu bezahlen. Nur kurzarbeitende und Invalidenkassenmitglieder gemäß § 6 Ziffer 2 der Satzungen sind davon befreit.

Der Ertrag der Extrabeiträge ist voll der Verbandskasse zuzuführen, Verwaltungsprozente dürfen also nicht in Abzug gebracht werden.

Der Schiedsspruch für das Buchdruckgewerbe verbindlich.

Der vom Zentral-Schlichtungsamt für das Deutsche Buchdruckgewerbe gefällte Schiedsspruch über den Lohntarif ist vom Reichsarbeitsminister auf Antrag der Unternehmer für verbindlich erklärt worden. Diese Verbindlichkeitsklärung ist mit folgender fassenden Begründung in die Welt geschickt worden:

„Der Schiedsspruch schlägt vor, die bestehenden Löhne für die Monate Februar und März d. J. weitergelten zu lassen. Für die Zeit ab 1. April d. J. haben die Parteien neben der Neuregelung der Löhne auch über den Neuabschluß des zum 31. März d. J. gekündigten Manteltarifvertrages zu verhandeln. Da bei der Bedeutung des Lohnarbiters für das Buchdruckgewerbe ein tarifvertragloser Zustand auch für kurze Zeit vermieden werden muß und da eine Einigung der Parteien nicht zu erwarten ist, war die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich.“

Hans Hemmerich †.

Einen schweren Verlust hat der Verband der Deutschen Buchdrucker zu tragen. In der Nacht zum 31. Januar ist der Vorsteher des Gaues Bayern, **Hans Hemmerich**, im 57. Lebensjahre in München unerwartet verstorben. Was der Verstorbenen den deutschen Buchdruckern war, spricht der „Korrespondent“ mit folgenden Worten aus:

„Die Nachricht vom Hinscheiden Hans Hemmerichs wird im Gau Bayern und weit darüber hinaus tiefe Trauer und herzliche Anteilnahme erwecken, denn im Laufe seiner Verbandstätigkeit ist Kollege Hemmerich mit vielen persönlich in Berührung gekommen. Sein ruhiges, sicheres Auftreten, sein lauterer Charakter und seine in jahrzehntelanger Organisationsarbeit gesammelten Erfahrungen verschafften ihm Ansehen und Achtung in weiten Kollegenkreisen. Seit Februar 1898 Vorsitzender der Mitgliedschaft Würzburg, wurde Kollege Hemmerich im Juli 1918 als Nachfolger des Kollegen Seitz zum Vorsteher des Gaues Bayern gewählt. Mit großer Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit hat der nunmehr Verstorbenen das ihm anvertraute Amt verwaltet. In den schweren Zeiten, die hinter uns liegen, hat er wacker seinen Mann gestanden. Klar und unbeirrt ging er seinen geraden Weg, nicht mit ungestümem Vorwärtsdrängen, sondern sorgsam abwägend und zwischen Erreichbarem und Unerreichbarem unterscheidend. Ein zuverlässiger Berater und Führer sinkt mit Hans Hemmerich zu früh ins Grab. Bei der ungeborenen geistigen Frische, die noch auf der letzten Gauvorsteherkonferenz im Dezember vorigen Jahres an dem erst Sechsfundfzigjährigen wahrzunehmen war, wäre gewiß noch ein längeres ersprießliches Wirken für unsre Gesamtorganisation zu erhoffen gewesen. Es hat nicht sein sollen!“

Wer war in englischer Gefangenschaft?

Die englische Regierung hat der deutschen Regierung die erste R₁ von 200 000 Pfund überwiesen zur Bezahlung der Guthaben an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Dies ist ungefähr der vierte Teil der ganzen Summe, die die englische Regierung zur Verfügung zu stellen beabsichtigt. Diese Guthaben stellen eine Art Regelung der Entlohnung der Kriegsgefangenen dar, die auch von Deutschland getroffen wurde. Alle Personen, die sich in englischer Gefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befunden haben, bzw. deren Erben, auch wenn sie bereits ihr Guthaben ganz oder teilweise in Papiermark erhalten haben, werden aufgefordert; der „Restverwaltung für Reichsaufgaben“, Berlin W 9, Königgrätzer Straße 122, folgende Angaben zu machen: „**Betrifft: Englisch-Guthaben. Vor- und Zuname, genaue Adresse, Geburtstag, letzter deutscher Truppenteil zur Zeit der Gefangennahme, Nummer der englischen Gefangenenkompanie bzw. Depot- oder Lagerbezeichnung.**“ Erben verstorbener Heimkehrer haben außerdem eine amtliche Bescheinigung über ihre Erbberechtigung beizubringen. Jeder weitere Zusatz ist zwecklos. Die Auszahlung der Guthaben erfolgt nach der Reihenfolge der Eingänge der Anträge durch die Post. Bisher haben sich erst rund 20 000 ehemalige englische Kriegsgefangene gemeldet. Kollegen, die in englischer Gefangenschaft waren, sollten im eigenen Interesse die nötigen Schritte sofort tun.

Vom Büdertisch.

Der Alkohol vor dem Strafrichter. Von Dr. S. Weinberg. Verlag Deutscher Arbeiter-Abstinenzanten-Bund, Berlin SO 16, Engelauer 29. Preis 30 Pf.

Dr. Siegfried Weinberg, Mitglied des Preussischen Staatsrats, hat sich ein besonderes Verdienst erworben, daß er die Beziehungen zwischen Alkoholismus und Kriminalität in dieser Schrift in knapper, übersichtlicher Form dargestellt hat. Weinberg bespricht auch die Bestimmungen, die in Bezug auf den Alkoholismus in den Entwurf des neuen deutschen Strafgesetzbuches aufgenommen werden sollen. Daß das kommende Strafgesetzbuch nicht wie das jetzt noch geltende am Alkoholismus achlos vorübergehen will, verdient gewiß Anerkennung. Weinberg weist jedoch nach, daß die bisher vorgeschlagenen Bestimmungen entweder unzulänglich sind oder sich im wesentlichen gegen die arbeitende Bevölkerung richten. Die Schrift wird von allen gelesen und beachtet werden müssen, die am Neubau der menschlichen Gesellschaft tatkräftig mitarbeiten wollen.

Sozialismus und Städtebau. Von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Bothfeld. Preis kart. 1,80 Mk.

Von sozialistischer Warte wird hier eine systematische Einführung in das Wohnungsproblem gegeben. Das Buch behandelt an Hand von zahlreichen bildlichen Darstellungen zunächst den Einfluß des Kapitalismus auf das Wohnen und die sozialen Folgen des kapitalistischen Wohnungswesens. Sodann gibt der Verfasser ein Bild von der Befreiung des Menschen durch das neue Wohnen und von der Wohnkultur des Sozialismus. Es ist gewiß richtig, wenn der Verfasser ausführt, daß wie in der Wirtschaft, so auch auf dem Gebiete des Wohnens neue soziale Formen geschaffen werden müssen, wenn eine neue Kultur möglich werden soll, und es ist lehrreich, zu erkennen wie hier die neuen Gedanken des Städtebaus und der Landesplanung eingeführt werden in die sozialistische Gedankenwelt. Bei der eingehenden Behandlung des Wirtschaftslebens und der Verbindung des Wohnbedürfnisses mit dem Arbeitsleben ist die Schrift für jeden Gewerkschafter eine wertvolle Neuerscheinung.

Urania-Kalender 1927. Urania-Verlags-Ges. m. b. H., Jena. In Ganzleinen geb. 2,— Mk., für Abonnenten der Zeitschrift Urania 1,50 Mk.

Der neue Urania-Kalender tritt für eine naturwissenschaftlich orientierte Weltanschauung ein und kämpft gegen Aberglauben, wobei der Standpunkt des unsterblichen Hobbies vertreten wird: staatlich anerkannter Aberglauben ist Religion — nicht anerkannte Religion ist Aberglauben. Die im Kalender verstreuten kleinen Artikel „Biochemie“ — „Hexenwahn“ — „Psychoanalyse“ (mit einem Bild von Freud) — „Iridische Geheimnisse“ — „Wie die moderne Biologie arbeitet“ (mit einem Bild von Schaxel) usw. behandeln, wie man sieht, die verschiedensten Gegenstände. Herausgeber ist auch in diesem Jahr Gen.-Sse Lämmel, der bekannte populärwissenschaftliche Schriftsteller. Besonders möchten wir auf den Artikel „Das schweizerische Tibet“ hinweisen, dem gute Landschaftsbilder beigegeben sind. Jene aber, die gerne Vielseitigkeit haben, sei verriet, daß der Kalender auch eine „Energie-Landkarte“ für Mitteleuropa bringt, eine „Nachschlagetafel für Infektionskrankheiten“ und einen „Wegweiser durchs deutsche Büchermeer“ und — noch eine Anzahl kleinerer Artikel. Es ist zu hoffen, daß die originale Arbeit den Beifall der Arbeiter finden wird — für Arbeiter ist der Kalender geschrieben!

„Der Führer“, Monatschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung, Januarnummer, 9. Jahrgang. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. 16 Seiten, Preis des Einzelheftes 25 Pf. Bestellungen durch den Buchhandel oder bei der Post.

Für meine Abteilung **Reproduktions-Photographie** suche ich einen

ERSTKLASSIGEN TECHNIKER

für Mehrfarben-Offset und Buchdruck-Reproduktionen, welcher Farbauszüge in denkbar günstigster Form herzustellen vermag und der Abteilung vorzuziehen hat.

Herrn, welche auf obigen Gebieten über reiche Erfahrungen verfügen und auf einen Dauerposten reflektieren, bitte ich um ausführliches Angebot mit Angabe bisheriger Tätigkeit, der Gehaltsansprüche und Zeitangaben des Antrittes.

Eberhard Schreiber, Leipzig.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

Karl Mess G. m. b. H., Berlin SO 26, Wiener Str. 50. Fernspr. Mor. 12289